

Landtagswahl 2009 - Kulturpolitik

Ein Kulturkonjunkturpaket für Oberösterreich

Ergebnis der Parteienbefragung zur Kulturpolitik

7.9.2009



Ihre GesprächspartnerInnen:

Stefan Haslinger (Geschäftsführung KUPF)

Richard Schachinger (Projektleitung Kampagne)

KUPF – Kulturplattform OÖ

Untere Donaulände 10/1

4020 Linz

0732 794288

kupf@kupf.at

<http://www.kupf.at>

Landtagswahl 2009 – Kulturpolitik

Der Landtagswahlkampf 2009 ist nunmehr im vollen Gange. Und in Zeiten der Wirtschaftskrise dreht sich alles um den Arbeitsmarkt und die nachhaltige Finanzierbarkeit. Andere Themen wie Sicherheit sind keine großen Überraschungen mehr!

Kultur hat in einem Landtagswahlkampf noch selten eine Rolle gespielt. Und in Zeiten der Wirtschaftskrise erscheint es noch „unverschämter“ kulturpolitische Forderungen zu erheben. Die KUPF – Kulturplattform OÖ, Dachverband und Interessensvertretung von 121 Kulturinitiativen in Oberösterreich tut aber genau dies.

Kunst- und Kulturarbeit sind Faktoren einer nachhaltigen Entwicklung, auch oder vor allem in den Regionen. Kunst- und Kulturarbeit erschließen neue Räume und eröffnen andere Blickwinkel.

Um aber dieses Innovationspotential zu sichern, braucht es strukturelle Rahmenbedingungen unter denen diese Arbeit stattfinden kann. Oder wie es die KUPF in ihrem Positionspapier zum Ehrenamt formuliert hat:

„Durch die strukturelle Unterstützung freier Kulturarbeit, die sich unter anderem in Förderung von Personal niederschlagen muss, können qualifizierte Voraussetzungen für ehrenamtliche Arbeit geschaffen werden.“

Kunst- und Kulturarbeit sind aber auch Faktoren kultureller Bildung, einer zentralen Schlüsselqualifikation, die auch ökonomisch immer wichtiger wird.

Die KUPF hat diese Faktoren zusammengefasst und in einem Entwurf gesammelt der unter dem Titel:

Ein Kulturkonjunkturpaket für Oberösterreich nun vorliegt.

Ein Kulturkonjunkturpaket für Oberösterreich

Warum ein Kulturkonjunkturpaket?

Kultur in einem umfassenden Sinn hat unter anderem die Aufgabe ein soziales Miteinander zu gewährleisten, sowie Konflikte im sozialen Gefüge sichtbar zu machen, zu thematisieren und damit umzugehen.

Innerhalb der politischen Debatten um Wirtschaftskrise und Verschuldung der öffentlichen Hand fungiert Kultur zumeist als Sparpotential.

Um dieser politischen Haltung entgegen zu wirken und eine nachhaltige strukturelle Absicherung und Belebung der Kulturarbeit in Oberösterreich zu garantieren, treten wir an die politisch Verantwortlichen heran und fordern ein Kulturkonjunkturpaket für Oberösterreich.

Ziele des Kulturkonjunkturpaketes

- Strukturell Absicherung bestehender Vereine, Initiativen und Einrichtungen aus dem kulturellen Feld!
- Belebung und Schaffung von neuen Vereinen, Initiativen und Einrichtungen aus dem kulturellen Feld!

Maßnahmen im Rahmen des Kulturkonjunkturpaketes

Haftungsübernahmen für Vereine, Initiativen und Einrichtungen zur Besicherung von Arbeitsplätzen und Strukturen

Für jene Vereine, Initiativen und Einrichtungen die über Strukturen wie Häuser und Personal verfügen muss das Land die Möglichkeit einer Landeshaftung bereitstellen, die Kreditinstituten gegenüber als Sicherheit dient!

Gestützte Kredite aber vor allem Förderung für Investitionen im Bereich kultureller Nahversorgung

Um eine nachhaltige, kulturelle Entwicklung garantieren zu können, muss das Land durch gestützte Kredite und Förderungen Sorge tragen, dass Investitionen vor allem in den Regionen getätigt werden. Auf die positiven (wirtschaftlichen) Effekte die sich durch Investitionen im Bereich kultureller Nahversorgung ergeben, hat das Land Oberösterreich selbst vermehrt hingewiesen.¹

Garantierter Mindestlohn für KulturarbeiterInnen

Vereine, Initiativen und Einrichtungen die über Personal verfügen, müssen sich im Rahmen ihrer Förderverhandlungen am Gehaltsschema für Vereine der gpa-djp² als Mindestlohn orientieren. Gleichzeitig muss das Land Oberösterreich dieses Gehaltsschema als Grundlage für die Bewertung von Anträgen heranziehen, und darf im Falle struktureller Finanzierung diesen Mindestlohn nicht unterschreiten.

Struktur- und Basisfinanzierung für den Freien Rundfunk in Oberösterreich

Oberösterreich – das Land des freien Rundfunks – benötigt eine ausreichende Struktur- und Basisfinanzierung um die Absicherung und Weiterentwicklung des dritten Sektors in der Medienlandschaft garantieren zu können.

¹ Siehe z.B. Pressekonferenz LH Pühringer vom 3.11.2008 oder Eröffnung der Landesausstellung vom 29. April 2009

² <http://www.gpa-djp.at/>

Mittelfristige Fördervereinbarungen zur Garantie der Planungssicherheit und um Entwicklungen zu ermöglichen

Das Land Oberösterreich hat dafür Sorge zu tragen, dass mittelfristige Fördervereinbarungen auf vertraglicher Basis im Rahmen von Zielvereinbarungen getroffen werden. Dieses Modell, welches bundesweit relativ etabliert ist schafft Planungssicherheit und ermöglicht den Vereinen, Initiativen und Einrichtungen an zukunftsorientierten Entwicklungen zu arbeiten.

Dynamisierung des Förderwesens durch - im Dialog mit den FördernehmerInnen – vereinbarte Förderschwerpunkte

Um in Zeiten knapper werdender Budgets eine ausreichende öffentliche Förderung für Vereine, Initiativen und Einrichtungen garantieren zu können, sollen jährliche / biennale Förderschwerpunkte gemeinsam mit den FördernehmerInnen ausverhandelt werden. Dieses Modell einer Dynamisierung des Förderwesens muss parallel zu einer Basisfinanzierung der Vereine, Initiativen und Einrichtungen geführt werden, um die kontinuierliche Arbeit strukturell abzusichern.

Gratis Zugang für Kinder und Jugendliche zu Kulturveranstaltungen und -einrichtungen

Kulturelle Kompetenz ist eine der acht von der EU definierten Schlüsselkompetenzen³. Zur Erlangung dieser Kompetenz bedarf es eines Anreizsystems, um Kinder und Jugendliche zu ermutigen, sich mit Kunst und Kultur auseinanderzusetzen. So wie der Bund den Gratis-Eintritt für die Bundesmuseen durchgesetzt hat, soll auch das Land Oberösterreich für seine eigenen Kultureinrichtungen aber auch für Vereine, Initiativen und Einrichtungen anderer Trägerschaft den Gratis-Eintritt garantieren. Die damit verbundenen positiven Effekte sind im europäischen Vergleich belegbar und würden dazu führen neue BesucherInnenschichten auch für die Zukunft heranzubilden.

³ http://europa.eu/legislation_summaries/education_training_youth/lifelong_learning/c11090_de.htm

Ergebnisse der Parteienbefragung 2009

Im Juni 2009 hat die KUPF Fragebögen an alle zur Wahl antretenden Parteien versandt⁴. Inhaltlich ging es der KUPF darum die Zustimmung bzw. Ablehnung der Parteien zu Positionen und Vorhaben der KUPF zu erfragen.

Weiters ging es aber auch darum Kulturpolitik als Thema bei den Parteien präsent zu halten.

Die Fragen wurden entlang des Maßnahmenkatalogs erstellt, welcher 2009 neu überarbeitet wurde und unter dem Titel „zuMUTungen – kulturpolitische Maßnahmen für ein noch junges Jahrtausend“ nun aufliegt.

Alle Fragen und die dazugehörigen Antworten sind auf der Website <http://www.zumutungen.at> dokumentiert.

Im Folgenden soll ein kleiner Auszug präsentiert werden.

⁴zum Zeitpunkt des Versandes der Fragebögen war von einem Antreten der Christen noch keine Rede

Ergebnisse der Parteienbefragung 2009 – Eine Auswahl

So wie 2003 hat die KUPF auch 2009 die Landtagswahlen zum Anlass genommen, die antretenden Parteien zu ihren kulturpolitischen Schwerpunkten zu befragen und ihre Position zu - aus Sicht der KUPF - zentralen Themen einer progressiven Kulturpolitik einzuholen.

6 Parteien wurden befragt (zum Zeitpunkt des Versandes der Fragebögen war von einem Antrreten der Christen noch keine Rede), von 5 kamen die ausgefüllten Fragebögen zurück. Die Antworten von ÖVP, SPÖ, Grüne, KPO und BZÖ können sie hier lesen.

Einzig die FPÖ hat von einer Beantwortung Abstand genommen und der KUPF dies in einer e-mail vom 13.7.2009 folgendermaßen begründet:

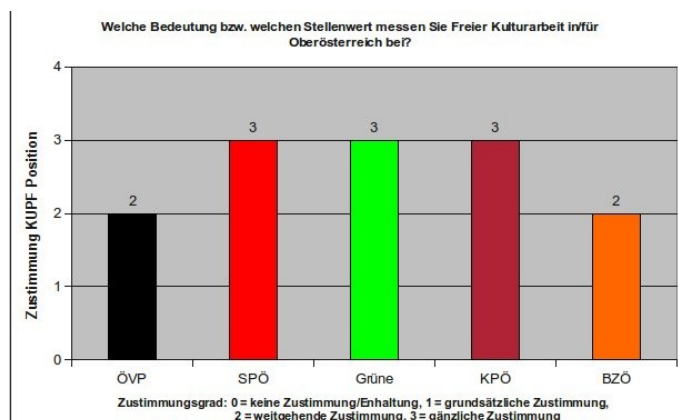
Bezüglich Ihrer Anfrage von letzter Woche teile ich Ihnen mit, dass nach Durchsicht der Homepage www.zumutungen.at die FPÖ Oberösterreich keine Beantwortung Ihres Fragenkatalogs übersenden wird.

Nachdem sich die Kulturplattform OÖ undifferenziert dafür einsetzt, dass "der gesellschaftliche Rechtsruck gestoppt wird" und mit Steuergeld offensichtlich auch Politik gegen die Freiheitliche Partei betrieben wird, nehmen wir von einer Beantwortung des Fragenkatalogs Abstand. Es ist zu befürchten, dass die Antworten einseitig interpretiert und diese im Sinne des politischen Gegners im "Kampf gegen Rechts" und daher auch gegen die Freiheitliche Partei verwendet werden könnten.

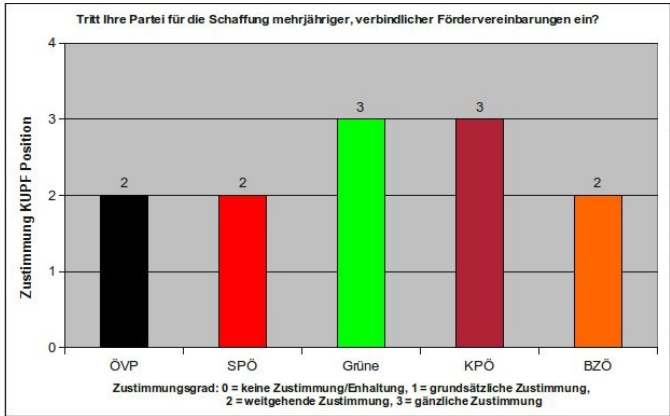
*Mit freundlichen Grüßen!
Dr. Ferdinand Watschinger
Klubsekretär
FPÖ-Landtagsklub OÖ*

	ÖVP	SPÖ	Die Grünen	KPO	BZÖ
Nennen Sie die drei wichtigsten kulturpolitischen Schwerpunktsetzungen Ihrer Partei für die kommenden sechs Jahre.	Ein breites, offenes Kulturverständnis, das Tradition und Innovation verknüpft	Bildungsmöglichkeiten für unsere Jugend auszubauen	Novellierung des Oö. Kulturförderungsgesetzes	Es wird eine starke außerparlamentarische Bewegung vonnöten sein, einen gesellschaftlichen Prozess einzuleiten, der einer selbstbestimmten, emanzipatorischen Kulturpolitik und Kulturarbeit jenen Platz einräumt, der ihr zusteht.	Steuerliche Absetzbarkeit für Spenden an Künstler, Kulturschaffende und Kulturbetriebe
	Akzente, um Kunst und Kultur möglichst allen Bevölkerungsgruppen und -schichten in allen Landesteilen und Regionen zu vermitteln.	Die Förderung von sozialer und interkultureller Integration	Mehr Fördertransparenz		Weniger Kulturzentrismus
	Stärkung des kreativen und innovativen Potentials in Oberösterreich	Die Möglichkeiten zu kultureller Entfaltung sollen unabhängig von Einkommen und sozialem Status gegeben sein, auch unabhängig davon wo man wohnt. Vermittlung von Medienkompetenz und die Förderung nichtkommerzieller Medien.	Umstellung auf mittelfristige Kulturförderpolitik.		Auf die beschämende soziale Situation vieler Künstler und Kulturschaffender in Österreich bzw. OÖ hinweisen.

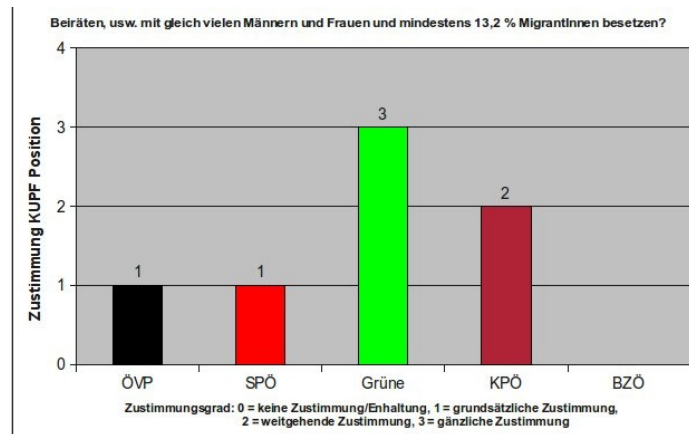
	ÖVP	SPÖ	Die Grünen	KPÖ	BZÖ
Welche Bedeutung bzw. welchen Stellenwert messen Sie Freier Kulturarbeit in/für Oberösterreich bei?	Freie Kulturarbeit ist Ideenträger und Impulsgeber, leistet einen wichtigen Beitrag zum Kulturleben in unserem Land.	Die Kulturarbeit durch unabhängige Initiativen ist unerlässlich für eine tolerante und offene Gesellschaft, wie sie die SPÖ anstrebt. Vor allem zum Erhalt und zur Förderung der Lebensqualität im ländlichen Raum ist der Bestand und die Entwicklung unabhängiger Kulturinitiativen sehr wichtig.	Freie Kulturarbeit ist ein unverzichtbarer Bestandteil des Oö. Kulturlebens. Freie Kulturarbeit geht weit über das Arbeiten an kulturellen Projekten oder Kunstwerken hinaus. Kulturvereine oder -initiativen nehmen meist auch Einfluss auf das gesellschaftspolitische Verständnis und die gesamtkulturelle Entwicklung in den Regionen, in denen sie vorwiegend wirken.	Freie Kulturinitiativen bilden ein kritisches Korrektiv zur Politik	Das ist eine der Grundforderungen des BZÖ im Bereich Kultur. Hin zur freien Kulturarbeit, zu mehr Eigenständigkeit und Eigenverantwortung. Weg vom Kulturmonopolismus und Zentralismus.



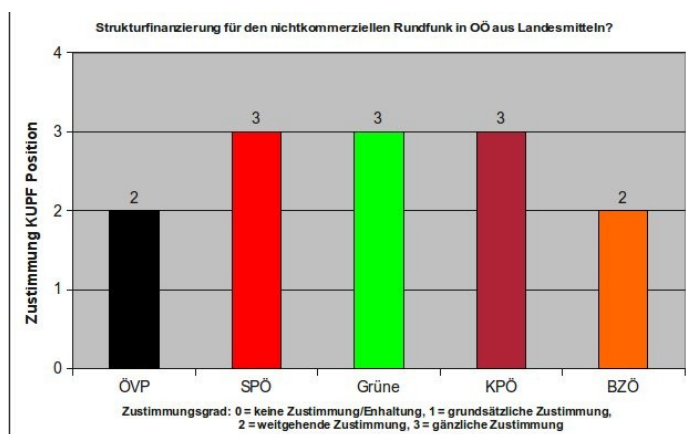
	ÖVP	SPÖ	Die Grünen	KPÖ	BZÖ
Tritt Ihre Partei für die Schaffung mehrjähriger, verbindlicher Fördervereinbarungen ein?	Derartige Vereinbarungen werden in begründeten Fällen auf informellem Weg bereits getroffen. Grundsätzlich steht mehrjährigen, verbindlichen Fördervereinbarungen jedoch die Budgethoheit des Landtags entgegen	Wir setzen uns für eine Förderungspraxis ein, die auf die konkrete Situation der jeweiligen Kulturinitiative Bedacht nimmt und daran angepasst Direktförderungen (z.B. Stipendien), Förderung von Projekten oder auch Strukturförderungen gewährt. Es muss auf jeden Fall möglich sein, auch mehrjährige Förderungen zu gewähren, wenn es dem zu fördernden Vorhaben angemessen ist und Klare Ziele definiert sind.	JA	Bezüglich der Förderung der initiativen Kulturarbeit beharren wir darauf, dass eine mittelfristige Finanzierung der Strukturen gesichert werden muss. Ob dies nun mit dreijährigen fixen Förderzusagen oder mittels Fünfjahresplänen vonstatten geht, darüber diskutieren wir gerne.	Nur dann, wenn eindeutige Kultur-Förderziele angestrebt werden und diese auch konkret formuliert wurden.



	ÖVP	SPÖ	Die Grünen	KPÖ	BZÖ
Sind Sie für die verpflichtende Besetzung von Beiräten, Juries, dem Landeskulturbeirat mit anteilmäßig gleich vielen Männern und Frauen und mindestens 13,2 % MigrantInnen (entsprechend ihrem jeweiligen Bevölkerungsanteil)?	Das Land Oberösterreich hat sich dem Prinzip des Gender-Mainstreaming verpflichtet. Dies gilt auch für den Kulturbereich, wo wir uns um konsequente Umsetzung bemühen.	Die bestehenden Festlegungen über die Auswahl z.B. der Mitglieder des Landeskulturbeirates werden für zweckmäßig erachtet. Wir sind für alle Maßnahmen, um Beiräte funktionsfähig und so initiativ wie möglich zu gestalten	Geschlechterparität in allen Gremien ist für uns Grüne selbstverständlich und daher ein vorrangiges Ziel. Eine entsprechende Einbeziehung von MigrantInnen ist ebenfalls als prioritär zu betrachten	Grundsätzlich ja, wobei offen ist, ob sich das auf alle in Frage kommenden Gremien sinnvollerweise 1:1 umlegen lässt.	Beiräte sollten sich durch Qualifikationen und Befähigungsnachweise (z.B. aus der erlebten Praxis) auszeichnen. Es wäre sinnvoller, Beiräte aus den verschiedenen Kunst- und Kultursparten heranzuziehen. Dabei sollten freie Kulturbeiräte gleichermaßen vertreten sein.



	ÖVP	SPÖ	Die Grünen	KPÖ	BZÖ
Die KUPF tritt für eine kontinuierliche Strukturfinanzierung für den nichtkommerziellen Rundfunk in OÖ aus Landesmitteln ein. Welche Position nimmt Ihre Partei hier ein?	Das 2007 vereinbarte Fördermodell soll evaluiert werden und auf Basis der Ergebnisse die mit Auslaufen des 2007 vereinbarten Modells notwendigen Verhandlungen geführt werden.	Eine Strukturfinanzierung für den nichtkommerziellen Rundfunk, die sich an einem mehrjährigen Entwicklungsplan orientiert, ist unbedingt erforderlich.	Die Grünen unterstützen das voll und ganz.	Eine mittelfristige Förderzusage die Strukturen betreffend, würde verdeckte Zensurbestrebungen verhindern, wie auch eine Medienlandschaft abseits der großen Monopole ermöglichen. Eine Forderung, deren Realisierung demokratiepolitisch von eminenter Bedeutung ist.	Die Förderung von nichtkommerziellem Rundfunk ist grundsätzlich zu begrüßen, allerdings muss solch ein Rundfunk parteipolitisch völlig unabhängig agieren können. Dieser hat auch dafür zu sorgen, dass Darstellungen und Gegendarstellungen ausgewogen vertreten sind.



	ÖVP	SPÖ	Die Grünen	KPÖ	BZÖ
<p>Die KUPF tritt dafür ein, dass die öffentliche Hand strukturelle Rahmenbedingungen schaffen muss, um qualifizierte ehrenamtliche Kulturarbeit zu gewährleisten. Wie steht ihre Partei zu dieser Forderung nach Strukturfinanzierung?</p>	<p>Es gilt Unterstützung zu geben, die ehrenamtliche Arbeit überhaupt ermöglicht, Rahmenbedingungen zu schaffen, die ehrenamtliche Arbeit fördern und Menschen zu ermutigen, ehrenamtlich tätig zu sein. Darüber hinaus, aber nicht im Gegensatz dazu, ist Kulturarbeit selbstverständlich professionelle Arbeit. Daher muss die öffentliche Hand Voraussetzungen schaffen, die auf allen Ebenen und in allen Facetten qualifizierte Kulturarbeit ermöglicht. Und das tun wir selbstverständlich in Oberösterreich.</p>	<p>Es wurde bereits dargestellt, dass wir je nach konkreter Situation einer Kulturinitiative auch Strukturförderungen für zweckmäßig erachten.</p>	<p>Die Grünen unterstützen diese Forderung: Kritische Kulturarbeit ist ein unverzichtbarer Bestandteil einer lebendigen Kulturszene. OÖ kann sich glücklich schätzen, dass es eben sehr selbstbewusste kritische und demokratisch gesinnte Kulturschaffende hat.</p>	<p>Ein Schwerpunkt unserer kulturpolitischen Positionierung ist der Kampf gegen die prekären Arbeits- und Lebensverhältnisse, von welchen gerade die AktivistInnen der freien Kultur- und Medienarbeit betroffen sind. Wir verweisen zu diesem Punkt auch auf unsere langfristige Forderung nach einem allgemeinen und bedingungslosen Grundeinkommen, wofür eine intensivere Debatte notwendig ist.</p>	<p>Eine materielle Bewertung von Kulturarbeit ist sehr schwer. Die Umwegrentabilität wird zwar gerne als Argument herangezogen, fällt jedoch bei der Vergabe von Förderungen weniger ins Gewicht. Nachweise über die Bereicherung für „Mensch & Gesellschaft“ sind ohnedies schwer zu erbringen bzw. kaum messbar. Bei einer allfälligen Strukturförderung muss daher auch das Förderziel konkretisiert werden. Sollte dies am ehesten durch eine Strukturförderung erreicht werden, wäre diese auch sinnvoll.</p>

